

11.06.2013

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Urananreicherungsanlage in Gronau schließen, alle Atomanlagen in NRW sofort stilllegen!

I. Sachverhalt

Atomausstieg in NRW bedeutet für die Landesregierung derzeit, auf Berlin zu zeigen und selbst die eigenen Aufgaben nicht zu erledigen. Bei der Sicherheitsüberprüfung der Urananreicherungsanlage in Gronau wurden entscheidende Sicherheitsaspekte einfach ausgeklammert. Dabei liegen die Sicherheitsmängel auf der Hand: Die Uranfabrik in Gronau ist ein wachsendes Atommülllager mit tausenden Tonnen Uran.

Bis zu 60.000 Tonnen gefährliche Uranoxide sollen künftig vor Ort gelagert werden dürfen – zusätzlich zu dem vorhandenen Uranhexafluorid-Freilager.

Weder das Freilager noch die unverbunkerten Produktions- und Lagerhallen bieten Schutz vor Flugzeugabstürzen. Und völlig ungeklärt ist, was dauerhaft mit dem Atommüll geschehen soll. In Großbritannien beantragt URENCO eine „vorläufige“ Lagergenehmigung für Uranmüll für 100 Jahre bis zum Jahr 2120.

Es ist an der Zeit, dass NRW die fehlende Sicherheit und fehlende Atommüllentsorgung in Gronau massiv angeht!

Der Atomausstieg ist unvollständig, wenn er wichtige Anlagen der „atomaren Produktionskette“ außen vor lässt. Dazu gehören in Nordrhein-Westfalen vor allem die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, das problematische Brennelemente-Zwischenlager (BZA) in Ahaus sowie die Atommüllkonditionierungsanlage in Duisburg.

Vor allem die Risiken in Gronau sind nicht kalkulierbar.

Die Zentrifugentechnik zur Urananreicherung ist militärisch höchst sensibel. Wer die Zentrifugentechnik besitzt, kann damit auch atomwaffenfähiges Uran-Material hoch anreichern. Pakistan kam durch die Zentrifugentechnik zu Atomwaffen und auch im Iran ist die Zentrifugentechnik im Einsatz.

Doch weder die Landesregierung noch die Bundesregierung nehmen die Gefährlichkeit der Urananreicherung ernst.

Datum des Originals: 11.06.2013/Ausgegeben: 11.06.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Anzahl der Urantransporte von und zur Urananreicherungsanlage sind erschreckend hoch. 42 Uranzüge und fast 700 Uran-LKWs für einen Zeitraum von zwei Jahren bedeuten ein enormes Gefahrenpotenzial für NRW.

Die Landesregierung erklärt die großflächige Lagerung von bis zu 50 000 Tonnen Uranhexafluorid unter freiem Himmel in Gronau auch im Angesicht der Terroranschläge vom 11. September 2001 und möglicher Flugzeugabstürze ausdrücklich für verantwortlich.

Die Landesregierung verschanzt sich mit ihrer lapidaren Antwort hinter überholten Genehmigungsstandards aus den 1980er Jahren – die notwendige Anhebung der Sicherheitsstandards findet nicht statt. (Landtags-Drucksache 16-2524).

II. Der Landtag stellt fest:

NRW ist weiterhin ein sehr aktives Atomland. Obwohl keine Stromproduktion aus Nuklearanlagen mehr im Land stattfindet, spielt NRW mit seiner rot-grünen Landesregierung eine unverändert zentrale Rolle für die Atomenergie. Erforderlich ist nun eine konsequente Atomausstiegspolitik für NRW.

Wer im Jahre 2013 die Freilagerung von riesigen Mengen Uran für verantwortlich hält, dem ist die Sicherheit der Bevölkerung egal.

Die Atomanlagen in NRW sind weiterhin in keiner Weise gegen Flugzeugabstürze geschützt.

Die Atompolitik in NRW muss auf einen kompletten Atomausstieg ausgerichtet werden. Solange Atomanlagen in NRW in Betrieb sind, müssen die neuesten wissenschaftlichen und technischen Sicherheitsstandards angewandt werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Freilagerung von Uran, seinen Verbindungen und anderen radioaktiven Stoffen grundsätzlich zu verbieten.
2. Alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Betriebsgenehmigungen
 - der Gronauer Urananreicherungsanlage
 - der Atommüllkonditionierungsanlage Duisburg sowie
 - des Brennelemente-Zwischenlagers Ahausaufzuheben und die damit verbundenen Exporte radioaktiven Materials zu unterbinden
3. Im laufenden Jahr einen konkreten Plan zur Abwicklung aller atomaren Anlagen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen
4. Zu veranlassen, dass keine Atomtransporte und Transporte sonstigen radioaktiven Materials durch NRW genehmigt werden
5. Die Entsorgungsnachweise, insbesondere die Deklaration von abgereichertem Uran als Wertstoff, zu überprüfen und entsprechende Regelungen zu verschärfen

6. Vor einer Entscheidung zum Verkauf von Urenco unbedingt das Votum des Landtags einzuholen und dies bei der Bundesregierung zur Vorbedingung zu einer möglichen Zustimmung zu machen

Monika Pieper
Dr. Joachim Paul
Hanns-Jörg Rohwedder

und Fraktion